

Europäische Multis missachten in den von Israel besetzten Gebieten weiterhin das Völkerrecht

Durch die Missachtung verbindlicher Rechtsrahmen machen sich europäische multinationale Unternehmen nicht nur mitschuldig an Menschenrechtsverletzungen – sie unterstützen aktiv die Mechanismen, die diese Verletzungen ermöglichen.

Daniel Brown, Emma Tatham, orientxxi.info, 07.11.24

In den sanften Hügeln des von Israel besetzten Westjordanlands bieten *Airbnb*-Gastgeber wie Dalit Ohana den Besuchern ruhige Aufenthalte eingebettet in biblische Berge südwestlich von Nablus. Ihre Farm ist ökologisch und verfügt über ein Keramikstudio nur wenige Gehminuten von einem beheizten Pool entfernt.

Die Siedlungen sind nicht autark; sie sind auf einen kontinuierlichen Zufluss europäischer Investitionen angewiesen, um ihre Infrastruktur zu erhalten, ihre Bevölkerung zu vergrößern und ihren Platz in der Region zu sichern.

Doch hinter der ruhigen Fassade dieser Siedlung von 2.600 Menschen namens Yakir verbirgt sich eine dunklere Realität – eine, die mit Verstöße gegen Völkerrecht und Menschenrechte verflochten ist. Laut dem Internationalen Gerichtshof (IGH)¹ sind multinationale Konzerne wie *Airbnb* und *Caterpillar* sowie europäische Finanzinstitute wie *BNP Paribas* und *HSBC* aktiv mitschuldig bei der Unterstützung der illegalen Siedlungstätigkeit Israels in diesen Gebieten.

Einige Unternehmen wie *Volvo* und *Hyundai* spielen ebenfalls eine bedeutende Rolle bei der Aufrechterhaltung dieser Verstöße, indem sie die Maschinen liefern, mit denen ganze Gemeinden und Familien vertrieben werden. Indem diese Unternehmen ihre rechtlichen und ethischen Verpflichtungen nicht berücksichtigen, missachten sie das Völkerrecht und tragen direkt zur systematischen Verletzung der palästinensischen Rechte bei. Darüber hinaus ignorieren sie auch bindende Gesetze betreffs sozialen, wirtschaftlichen und Arbeitsrechten (siehe weiter unten).

***Airbnb*, sanfte Schattenseite der Besatzung**

Kehren wir zurück zu Yakir. In dieser Siedlung, eine Autostunde von Tel Aviv entfernt, bot uns *Airbnb*-Gastgeberin Dalit Ohana über die Plattform des Unternehmens ihr Zuhause an und lud uns ein, einen ruhigen Erholungsort zu genießen, eine „grüne ökologische Einheit“ mit Natur und einem „Kaffeewagen“. Die Vermittlerrolle von *Airbnb* in dieser 43 Jahre alten Siedlung mag auf den ersten Blick harmlos erscheinen, aber die Realität ist weitaus tückischer. Indem *Airbnb* Immobilien in illegalen israelischen Siedlungen auflistet, trägt es dazu bei, eine Besetzung, die von der internationalen Gemeinschaft seit Jahrzehnten verurteilt

wird, zu normalisieren und davon zu profitieren. Yakir wurde auf konfisziertem Land des nahegelegenen palästinensischen Dorfes Deir Istiya errichtet. Nach Angaben des Instituts für angewandte Forschung in Jerusalem (*ARIJ*) wurden 659 Dunam (ca. 66 Hektar) des Landes von Deir Istiya konfisziert, um die Siedlung zu errichten. Im Laufe der Jahre ist Yakir gewachsen, und Entwicklungsprojekte für eine wachsende Bevölkerung sind von der Konfiszierung von mehr Land abhängig. Am 5. Juni 2024 haben Yakir-Siedler palästinensisches Land in der Nähe der Stadt Salfit planiert, um eine eingezäunte Pufferzone zu schaffen.

Es ist an der Zeit, dass Europa Verantwortung für seine Rolle bei der Aufrechterhaltung der israelischen Besatzung übernimmt – und dass Unternehmen für ihre Mitschuld an diesen Verstößen zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Ausweitung der Siedlung wird als Teil der umfassenderen Bemühungen Israels gesehen, seine Präsenz im besetzten Westjordanland zu festigen. Im März 2024 begann Israel mit der größten Landnahme seit den Osloer Abkommen von 1993: 800 Hektar Land nahe der Grenze zwischen dem Westjordanland und Jordanien 2. Es ist ein Teil der 1.500 Hektar Land, die in diesem Jahr bisher eingenommen wurden, ein Rekord in den letzten 30 Jahren 3.

Wie der palästinensische Antikolonialisierungsaktivist Nazmi al-Salman berichtete, besteht der Zweck der Planierarbeiten und Abrisse darin, eine Pufferzone zum Nutzen der illegalen Siedlungen zu schaffen und die palästinensischen Gemeinden weiter von ihren landwirtschaftlichen Flächen zu isolieren.

Gastfreundliche Angebote in allen besetzten palästinensischen Gebieten

Diese brutale Realität steht in krassem Gegensatz zu den „ruhigen“ *Airbnb*-Angeboten in Yakir. Ähnliche Angebote gibt es für Häuser in anderen illegalen Siedlungen, wie Givat Harel („in einer wunderschönen Gegend zwischen Weinbergen und Feldern, unser Haus liegt ruhig mit einem wahnsinnigen Ausblick“), Giv’at Janoah („vom Fenster des Hauses aus (genießen) Sie den direkten Kontakt mit der Natur“), Ariel („eine geräumige, moderne Wohnung“), Shilo („ein ökologischer Whirlpool und eine Verwöhndusche“) und Kdumim („Insel der Ruhe“-Ferienwohnung) – um nur einige zu nennen. 2018 versprach *Airbnb* auf Druck von Menschenrechtsgruppen, Angebote von diesen Siedlungen zu entfernen, nahm diese Entscheidung jedoch 2019 wieder zurück.

Während unserer eigenen Online-Interaktion mit der *Airbnb*-Gastgeberin Dalit aus der Siedlung Yakir wurden wir bald mit einer leidenschaftlichen Verteidigung des Rechts Israels auf das Land konfrontiert, die in religiöse und messianische Rhetorik gekleidet war. Sie wies Bedenken hinsichtlich der Gewalt gegen palästinensische Zivilisten zurück und stellte die Besetzung als göttliches Recht dar, was die tiefere ideologische Rechtfertigung dieser illegalen Siedlungen widerspiegelte. „Wir erleben die Situation im Süden und Norden nicht“, schrieb sie. „Sie sind Teil meines Volkes, wir sind mit Israel, und ich bete jeden Tag, dass der Messias kommt und wir alle ein großes Licht Gottes empfangen!“

Als ich mich mit Fragen zu solchen Nachrichten an *Airbnb* wandte, erhielt ich folgende Antwort:

Die Einhaltung der Richtlinien und Standards zum Schutz unserer Community ist uns sehr wichtig. Wir haben Ihren Fall und seine Einzelheiten sorgfältig geprüft und sind zum Schluss gekommen und danken Ih-

nen, dass Sie uns über die Aktionen des Gastgebers informiert haben. Unsere Überprüfung ist nun abgeschlossen und wir können Ihnen in diesem Fall derzeit keine weitere Unterstützung anbieten. Wir verstehen, dass dies möglicherweise nicht das ist, was Sie sich erhofft haben.

Der Austausch unterstreicht Airbnbs Unfähigkeit, auf solche Beschwerden zu reagieren. *Booking.com*, eine weitere Hotelvermittlungsseite der Tourismusbranche, kämpft derzeit gegen eine juristische Kampagne wegen ihrer Rolle bei der Normalisierung illegaler Siedlungen. Im Mai 2024 reichten Menschenrechtsgruppen in den Niederlanden eine Strafanzeige gegen sie ein und beschuldigten das niederländische Unternehmen der Geldwäsche aus seinen Geschäftstätigkeiten im Westjordanland.

Die Beschwerde wurde vom *European Legal Support Centre (ELSC)* gemeinsam mit einer Koalition unter der Führung von *Al Haq*, *Somo* und *The Rights Forum* eingereicht. Sie sagt, dass *booking.com* Geld gewaschen hat, das mit israelischen Kriegsverbrechen und Profitgier in Verbindung steht. In Reaktion auf die Beschwerde bestritt *Booking.com* die Vorwürfe mit der Begründung, dass es keine Gesetze gebe, die das Auflisten von Objekten in israelischen Siedlungen verbieten, und dass verschiedene Gesetze Desinvestitionen aus der Region verhindern würden. Diese Verteidigung kann jedoch kaum die Tatsache verschleiern, dass sowohl *Airbnb* als auch *Booking.com* von illegalen Aktivitäten profitieren, die zur Verletzung palästinensischer Rechte beitragen.

Waffenhandel und europäische Investitionen

Der Waffenhandel zwischen Israel und Europa ist vielleicht die sichtbarste – und tödlichste – Form multinationaler Beteiligung an der Besatzung 5. Unternehmen wie *Elbit Systems*, *Israel Aerospace Industries* und *Rafael Advanced Defense Systems* liefern die Waffen und die Technologie, die Israels militärische Kontrolle über die palästinensischen Gebiete sicherstellen. Doch diese Rüstungsunternehmen agieren nicht isoliert. Europäische Finanzinstitute sind stark in die Finanzierung und Ermöglichung des Waffenhandels involviert, indem sie das Kapital bereitstellen, das Israel benötigt, um seine militärische Dominanz aufrechtzuerhalten.

Ein Bericht von *Pax for Peace* aus dem Jahr 2024 enthüllte, dass europäische Banken, Pensionsfonds und andere Finanzinstitute weiterhin massiv in die israelische Rüstungsindustrie investieren. Allein die 20 größten europäischen Kreditgeber haben diesen Unternehmen Darlehen und Bürgschaftserklärungen in Höhe von über 36,1 Milliarden Euro gewährt. Die finanzielle Unterstützung europäischer Banken wie *BNP Paribas*, *HSBC* und *Société Générale* ist entscheidend dafür geworden, dass Israels Militär gut ausgestattet und aktiv bleibt. Ihre Unterstützung begünstigt auch den militärischen Schutz, den Israel seiner Siedlerbewegung bietet. Während dieser Bericht verfasst wurde, haben sie 700.000 Siedlern geholfen, in den 279 Siedlungen im Westjordanland und in Jerusalem zu leben.

Europäische Banken und wirtschaftliche Lebensader der Siedlungen

Ohne die finanzielle Unterstützung europäischer Banken hätte Israels Siedlungsprojekt kaum Überlebenschancen. Ein Bericht der *Don't Buy into Occupation Coalition (DBIO)* 6 vom Dezember 2023 enthüllte, dass mehr als 700 europäische Finanzinstitute in Unternehmen investieren, die direkt an illegalen Siedlungsaktivitäten beteiligt sind. Diese Banken halten Aktien und Anleihen im Wert von 115 Milliarden Dollar in 50 Unternehmen, die direkt am Bau, der Überwachung und der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit dieser Siedlungen beteiligt sind.

Europäische Finanzinstitute und Unternehmen sind somit wichtige Akteure in den Bau-, Landwirtschafts- und Technologiesektoren, die die Siedlungen unterstützen. Aktuelle Zahlen zeigen, dass europäische Finanzinstitute Kredite und Bürgschaftserklärungen in Höhe von über 171 Milliarden Dollar an Unternehmen vergeben haben, die an illegalen Siedlungsaktivitäten beteiligt sind. Ohne diese finanzielle Unterstützung wären die Infrastruktur und die wirtschaftliche Nachhaltigkeit der israelischen Siedlungen stark geschwächt, was sich auf alles auswirken würde, von Wohnungsbauprojekten bis hin zu Überwachungsoperationen, die die Bewegungsfreiheit der Palästinenser kontrollieren.

Die Siedlungen sind nicht autark; sie sind auf einen kontinuierlichen Zufluss europäischer Investitionen angewiesen, um ihre Infrastruktur zu erhalten, ihre Bevölkerung zu vergrößern und ihren Platz in der Region zu sichern. Diese wirtschaftliche Abhängigkeit zeigt, wie eng die israelische Besetzung mit europäischem Kapital verknüpft ist.

Waffen, Tourismus und wirtschaftliche Abhängigkeit

Somit ist die israelische Besetzung palästinensischer Gebiete auch ein Wirtschaftsunternehmen, das durch europäische Investitionen in verschiedenen Sektoren getragen wird. Jenseits der offensichtlichen Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht durch die oben genannten Unternehmen verstoßen diese auch gegen die von der Internationalen Arbeitsorganisation (*ILO*) geschützten Arbeits- und Sozialrechte. Palästinensische Arbeiter in den Siedlungen sind harten Bedingungen, Lohnunterschieden und Beschränkungen bei der Gewerkschaftsbildung ausgesetzt – ein Verstoß gegen die *ILO*-Konventionen über faire Arbeitspraktiken. Europäische Unternehmen, die diese Siedlungen unterstützen, sei es durch Direktinvestitionen oder Bereitstellung von Dienstleistungen, tragen zu diesen Verstößen bei. Sie könnten erneut unter Druck geraten, wenn die IAO am 27. September 2024 eine Beschwerde gegen die israelischen Behörden wegen „eklatanter Verstöße gegen das *IAO*-Übereinkommen zum Schutz von Löhnen“⁷ einreicht. Die dokumentierten Verstöße reichen von nicht ausgezahlten Löhnen bis hin zur Einbehaltung von Leistungen für über 200.000 palästinensische Arbeiter in Gaza und im Westjordanland.

Bewegung für Rechenschaftspflicht wächst

Obwohl viele Unternehmen von Europa weiterhin stark in die israelische Besetzung investiert bleiben, gibt es Anzeichen für einen Wandel. Im Juni 2024 hat der norwegische Pensionsfonds *KLP* 69 Millionen Pfund aus *Caterpillar* abgezogen und dies mit der Beteiligung des Unternehmens an der Zerstörung palästinensischer Häuser in Gaza begründet⁸. Diese Entscheidung stellt einen wichtigen Präzedenzfall für andere Finanzinstitute dar und zeigt, dass Desinvestition ein wirksames Instrument sein kann, um Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen.

Unterdessen führte eine Solidaritätsinitiative der *Starbucks Workers United*-Gruppe mit den Palästinensern zu einem groß angelegten Boykott des Unternehmens, der *Starbucks*-Aktien einen Verlust im Wert von fast 11 Milliarden Dollar kostete⁹. Eher unauffällig kündigte *Puma* an, sein Sponsoring des israelischen Fußballverbands im Jahr 2024 zu beenden, nachdem Verbraucher wegen der illegalen Siedlungen im Westjordanland zu Boykottaufrufen aufgerufen hatten¹⁰.

Das jüngste Urteil des Internationalen Gerichtshofs zur Illegalität der israelischen Besetzung palästinensischer Gebiete bietet einen klaren Rechtsrahmen für die Durchsetzung von Rechenschaftspflicht. Länder und

Unternehmen, die weiterhin in Siedlungen investieren, ignorieren nicht nur UN-Resolutionen: Sie verletzen auch die Vierte Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Konfliktzonen und besetzten Gebieten.

Angesichts der tödlichen Eskalation der israelischen Gewalt im Gazastreifen und im Libanon bekommt die Zunahme der Todesfälle, Angriffe und Menschenrechtsverletzungen im Westjordanland weniger mediale Aufmerksamkeit. Die wachsende Bewegung für Rechenschaftspflicht, die von Verbraucherboykotten bis hin zu Kampagnen für Desinvestition im globalen Westen reicht, bietet jedoch einen Weg nach vorn. Wenn multinationale Konzerne und Finanzinstitute weiterhin von der Besetzung profitieren, sollten sie damit rechnen, dass rechtliche Schritte, Gegenreaktionen der Verbraucher und weitere Desinvestitionskampagnen auf sie zukommen. Es ist an der Zeit, dass Europa Verantwortung für seine Rolle bei der Aufrechterhaltung der israelischen Besetzung übernimmt – und dass Unternehmen für ihre Mitschuld an diesen Verstößen zur Rechenschaft gezogen werden.

Missachtung des Völkerrechts: UNO und darüber hinaus

Die Rechtsverstöße der Firmen beschränken sich nicht auf UN-Konventionen. Diese Unternehmen verstoßen auch gegen weniger bekannte Gesetze wie die *ILO*-Konventionen über Arbeitsrechte, da sie zur Verletzung der Arbeitsrechte der Palästinenser*innen in den Siedlungen beitragen. Sie ignorieren den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR), der das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, einschließlich Wohnraum und das Recht auf Arbeit, garantiert. Unternehmen, die in Konfliktgebieten tätig sind, vergessen ihre Verantwortlichkeit, eine sorgfältige Prüfung der Menschenrechte vorzunehmen (*HRDD*) 11. Sie kehren den OECD-Richtlinien den Rücken zu, die Grundsätze für verantwortungsvolles Geschäftsgebaren, einschließlich eines verantwortungsvollen Lieferkettenmanagements, enthalten (und machen sich damit noch verstärkt mitschuldig an Menschenrechtsverletzungen). Schließlich missachten sie wissentlich den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (*IPBPR*). Dieser garantiert das Recht auf Freizügigkeit, gewährleistet das Recht auf Freiheit und schützt den Einzelnen vor willkürlichen Eingriffen in sein Zuhause.

Daniel Brown Unabhängiger Journalist, ehemaliger leitender Reporter bei Radio France Internationale (RFI). Emma Tatham, Beraterin für nachhaltige Entwicklung

1. Stéphane Maupas et Louis Imbert, "International Court of Justice calls on Israel to end occupation of Palestinian territories 'as rapidly as possible'", *Le Monde*, 20 July, 2024.
2. "Israel announces largest Palestinian land grab in over 30 years", *Middle East Eye*, 3 July 2024.
3. "The Government declares 12,000 dunams in the Jordan Valley as State Land", *Peace Now*, 3 July 2024.
4. Kit Klarenberg, "How western tourism giants illegally enrich Israeli settlements on stolen land", *The Cradle*, 12 June 2024.
5. "The Companies arming Israel and their financiers", June 2024.
6. "Don't Buy Into Occupation Report 2023", <https://dontbuyintooccupation.org>
7. "Report for the 112th session of the ILC (June 2024): The situation of workers of the occupied Arab territories", International Labour Organization, June 2024, ilo.org
8. Nina Lakhani, "Norway pension fund sells \$69m stake in Caterpillar over alleged involvement in Gaza destruction", *The guardian*, 28 June 2024.
9. "USA: Starbucks loses \$11 billion in market value amid ongoing boycott calls after lawsuit against union over tweet expressing solidarity with Palestine", *Buisiness & Human Rights Ressources Center*, December

2023, <https://www.business-humanrights.org>

10. "Palestine/Israel: PUMA announces end of sponsorship of Israel Football Association after years of boycott pressure over complicity in illegal settlements in Palestine", Business & Human Rights Resources Center, December 2023, <https://www.business-humanrights.org>

11. "Human rights due diligence in conflict-affected settings", Security and Human Rights Knowledge Hub, 2018.

Quelle: <https://orientxxi.info/magazine/multinationals-in-europe-continue-to-flout-international-law-in-israel-s,7743>

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de